

# Avanti 2

## ISO Rhein-Neckar



Mannheimer Ostermarsch 2017.

Foto: Avanti?

## Bundestagswahl 2017

### „Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln.“ (Rosa Luxemburg)

M. K. / H. N.

Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie ist nur eine der Herrschaftsformen des Kapitals, wenn auch die in „normalen Zeiten“ effektivste. Im Angesicht größerer Krisen und gesteigerter widerständiger Selbstaktivität der Bevölkerung bildet der bürgerliche Staat jedoch zunehmend autoritäre Herrschaftsformen heraus, im Extremfall

offen diktatorische und faschistische.

Die „Schuldenkrise“ in der EU hat gezeigt, dass das große Kapital sich ohne weiteres der EU-Institutionen bedienen kann, um seine Macht in Mitgliedstaaten durchzusetzen, nämlich über den Weg der finanziellen Abhängigkeit und bei Aufrechterhaltung einer parlamentarischen Fassade.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Sommerpause befassen wir uns mit der anstehenden Bundestagswahl.

Weitere Artikel in dieser *Avanti*<sup>2</sup> befassen sich mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Themen wie dem Ergebnis der Streiks im Einzelhandel und der Konferenz „Betriebsräte im Visier“.

In Zusammenhang mit dem Antikriegstag am 1. September beschäftigten wir uns mit der größten realen Gefahr für unsere Existenz – den Atomwaffen.

Ohne realitätsbezogene theoretische Kenntnisse kann es keine Praxis der positiven Veränderung oder gar der Überwindung der herrschenden Verhältnisse geben. Weder auf politischer noch auf betrieblicher Ebene.

Wir werfen deshalb erneut einen Blick auf das russische Revolutionsjahr 1917 zurück. Und wir laden zu unserem Sommerseminar „Kann die Köchin die Staatsgeschäfte führen?“ am 16. und 17. September herzlich ein.

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre!

Eure Redaktion

### Inhalt

TITEL	GESCHICHTE
01 BUNDESTAGSWAHL Was tun? <b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>	08 SPURENSUCHE Die Revolution von 1848/49 <b>SEMINAR</b>
03 KONFERENZ „Betriebsräte im Visier“	10 SOMMERSEMINAR Revolution und Kapitalismus <b>VERANSTALTUNG</b>
04 EINZELHANDEL Streiks ohne Nutzen? <b>ANTIKRIEGSTAG</b>	11 USA Trump, Populismus u. arbeitende Klasse <b>RÜCKBLENE / TERMINE</b>
05 ATOMWAFFEN Die verdrängte Gefahr <b>GESCHICHTE</b>	12 QUEER Der CSD in Mannheim
07 SEPTEMBER 1917 Alle Macht den Räten?	12 Termine

## Fortsetzung von Seite 1

**Gemeinsam kämpfen**

Ohne große außerparlamentarische Kämpfe um unmittelbare Interessen und ohne massive Selbsttätigkeit der ArbeiterInnenklasse kann keine wirksame Lösung von politischen und gesellschaftlichen Problemen erreicht oder gar eine grundlegende Veränderung in Gang gesetzt werden.

Wir unterstützen grundsätzlich alle Forderungen, die die Lebenslage der abhängig Beschäftigten und

anderer unterdrückter Schichten zu verbessern streben oder die geeignet sind, die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Unterdrückten zu verschieben. Doch in keinem Fall beschränken wir unsere eigenen Forderungen auf das, was innerhalb dieses Systems als „machbar“ oder „realistisch“ angesehen wird.

Aus diesem Blickwinkel sehen wir auch die bevorstehende Bundestagswahl.

Bei ihr kommt es darauf an, nicht nur gegen den Einzug der AfD in den Bundestag anzukämpfen, sondern den prokapitalistischen, neoliberalen Kräften insgesamt entgegenzutreten. Es reicht dabei nicht aus, diesen auf dem Wahlzettel eine Abfuhr zu erteilen.

**Gegen Kapitalismus**

Linke, sozialistische Politik darf sich auch nicht auf eine parlamentarische Ebene beschränken oder gar in Koalitionsregierungen das Elend des neoliberalen Kapitalismus „gestalten“ oder verwalten. So wird sie weder in der Lage sein, den Rassismus zu bekämpfen noch für die große Mehrheit eine grundlegende Wende zum Besseren einzuleiten. Bestenfalls sorgt sie damit dafür, dass sich weitere Wählerschichten von Politik abwenden, schlimmstenfalls profitieren davon die AfD und das gesamte neoliberale Lager.

Linke, sozialistische Politik muss vor Ort praktisch wirksam und erfahrbar werden. Wir treten deshalb - wo immer möglich gemeinsam mit vielen anderen - konsequent gegen den Kapitalismus und seine verheerende Logik ein. Die politischen, sozialen und ökologischen Interessen unserer Klasse und unseres sozialen Lagers sind der Maßstab unseres Handelns und der Beurteilung anderer Parteien und Organisationen.

**Für Solidarität**

Wir treten deshalb insbesondere ein für die universelle Geltung und Verteidigung gleicher politischer und sozialer Rechte für alle und damit für die wirksame Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung (aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, des Alters ...).

Diese Perspektive erfordert die gesellschaftliche Kontrolle großer Konzerne, den Abbau des Überwachungsstaates, die Demokratisierung der Medien, eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, den Stopp und die Rücknahme von Privatisierungen, den massiven Ausbau der vernachlässigten, öffentlichen Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Schulen, Verkehr, kostenlose Spiel- und Sporteinrichtungen, Ausbau stadteilnaher kultureller Angebote), die Einführung eines sanktionsfreien Existenzminimums, die spürbare Anhebung des Mindestlohns, das Verbot prekärer Beschäftigung, das Verbot von Entlassungen, eine drastische Arbeitszeitverkürzung, den gesellschaftlich geplanten und kontrollierten Umbau der Autoindustrie und des

Energiesektors (100 Prozent „Erneuerbare“ und massive Einsparungen von Energie), offene Grenzen für Menschen und nicht zuletzt den Einsatz für ein Europa des Friedens, der Solidarität und der Demokratie.

Wo die Partei Die Linke mitregiert, wird sie ihrem Anspruch nicht gerecht, für die Interessen der Beschäftigten und Ausgegrenzten einzustehen. Wir suchen daher die Zusammenarbeit mit den entschieden antikapitalistischen Kräften innerhalb und außerhalb der Partei, die dagegen ankämpfen, dass Die Linke zu einer weiteren etablierten Partei im Dienst des Kapitals wird, und für die der außerparlamentarische Kampf im Vordergrund steht. Bei der Bundestagswahl wählen wir Die Linke, weil sie in den politischen Auseinandersetzungen nach wie vor Ausdruck eines fortschrittlichen Bewusstseins ist, und weil sie von allen im Bundestag vertretenen Parteien diejenige ist, die Interessen der Lohnabhängigen und aller Unterdrückten gegen die Interessen des Kapitals artikuliert. ■



Plakat der ISO Rhein-Neckar, Mannheim Mai 2017.

Foto: Avanti<sup>2</sup>

# „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“

## Konferenz am 14. Oktober in Mannheim

S. K.

Fälle des Bossing und Mobbing von Betriebsräten werden immer häufiger bekannt. Medien nennen in diesem Zusammenhang die Namen GE, H&M, HYUNDAI, IKEA, MEYER WERFT, OBI, RHENUS, WISAG und die zahlreicher anderer Unternehmen. Vor kurzem berichtete auch ZDF-ZOOM über diese Art der Gewerkschaftsbekämpfung. Der Bundesregierung ist der dort ausgestrahlten Reportage zufolge dieses brisante Thema bekannt, aber sie handelt nicht. Das ist ein Skandal!

Im Klartext: Bei BR-Mobbing geht es um bisher fast nie geahndete Verbrechen aus Profitgier und um gravierende Menschenrechtsverletzungen.

Gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung hilft im konkreten Fall nur wirksamer Widerstand auf betrieblicher, rechtlicher und politischer Ebene.

Deshalb findet am Samstag, dem 14. Oktober 2017, ab 13:00 Uhr im Mannheimer Gewerkschaftshaus eine weitere bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

Teilnehmen werden betroffene KollegInnen aus verschiedenen Branchen. Dietrich Growe (Fachanwalt für Arbeitsrecht Mannheim), Susanne Kim (IG Metall-Vorstandsverwaltung Frankfurt) und andere werden zu Fragen der Gegenwehr und deren Perspektiven referieren und diskutieren.

Unterstützt wird die Tagung insbesondere von IG Metall Mannheim sowie von AKUWILL Oberhausen, BR General Electric Mannheim, IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di rhein-neckar und workwatch Köln.

### Gegen kriminelle Angriffe

In der Einladung des veranstaltenden Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ aus Mannheim heißt es:

„Mit den bundesweiten Konferenzen ‚Betriebsräte im Visier‘ leisten wir seit 2014 Beiträge zur Analyse der Bekämpfung von Betriebsräten.“

Die TeilnehmerInnen der dritten Konferenz haben in ihrer Entschließung am 15. Oktober 2016 festgestellt:

„Dem fortgesetzten Skandal des BR-Mobbings muss ein Ende bereitet werden. ... Nach wie vor wird die Wahl von Betriebs- oder Personalräten be- oder gar verhindert, werden bestehende Betriebsratsgremien bei der Umsetzung ihres gesetzlichen Auftrags blockiert. Und noch schlimmer: Nach wie vor werden aktive Betriebsräte und GewerkschafterInnen gemobbt und ihre berufliche sowie ihre finanzielle Existenz zerstört.“

Dies sind kriminelle Angriffe auf engagierte Menschen und das sind schwere Verletzungen ihrer Rechte aus dem Grundgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Arbeitsschutzgesetz. [...]

Auf unserer diesjährigen Konferenz werden wir uns mit der politischen und juristischen Verteidigung gegen Betriebsrats- und Gewerkschaftsfeinde auseinandersetzen. Ferner können wir die erste Bildergeschichte gegen BR-Mobbing kennenler-

nen. Zudem wollen wir unsere bundesweite Koordination und Öffentlichkeitsarbeit stärken.

Vor allem aber wollen wir von BR-Mobbing betroffenen KollegInnen ein Forum zum solidarischen Erfahrungsaustausch und zur noch wirksameren Unterstützung anbieten.“

Die Tagung ist ein „Muss“ für alle aktiven Betriebsratsmitglieder und GewerkschafterInnen. ■

### Anmeldung

- Per E-Mail: [solidaritaet@gegen-br-mobbing.de](mailto:solidaritaet@gegen-br-mobbing.de)
- Per Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

### Weitere Infos

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

**Betriebsräte im Visier**

**Bossing, Mobbing & Co.**

**Was tun?**

**Konferenz**

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,  
Dietrich Growe (Fachanwalt Arbeitsrecht/Kanzlei Dr. Growe & Kollegen),  
Susanne Kim (IG Metall Vorstandsverwaltung) und viele anderen  
Musik: Gizem Gözüacik

**Samstag, 14. Oktober 2017**

13:00 – 19:00 Uhr  
Gewerkschaftshaus Mannheim  
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

# Einzelhandel

## Kritik am Tarifabschluss

B. G.

**D**ie Große Tarifkommission (GTK) Einzelhandel Baden-Württemberg hat am 9. August dem Tarifiergebnis vom 27. Juli 2017 einstimmig zugestimmt. Das bedeutet, dass die bundesweit erste Einigung im Einzel- und Versandhandel rückwirkend zum 1. April 2017 in Kraft treten kann.

Die GTK setzte sich in einer einstimmig gefassten Entschließung ausführlich mit Kritik am Tarifiergebnis auseinander. Darin heißt es: „Wir Baden-Württemberger haben in den letzten Jahren immer wieder bewiesen, dass wir hart, entschlossen und auch ausdauernd für unsere Forderungen kämpfen. Wir halten es aber auch für notwendig, Tarifauseinandersetzungen zum richtigen Zeitpunkt zu beenden.“

Der Tarifabschluss führte innerhalb von ver.di zu kritischen Diskussionen. Er wurde jedoch mittlerweile in drei weiteren Tarifbezirken (Niedersachsen-Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern) mit geringen Abweichungen nachvollzogen.

Der Tarifvertrag vom 27. Juli für Baden-Württemberg beinhaltet folgende Festlegungen:

- Ab 1. Juni 2017 Erhöhung der Gehälter und Löhne um 2,3%
- Ab 1. April 2018 eine weitere Erhöhung um 2,0%
- Anhebung der Azubi-Vergütungen entsprechend zum 1.8.2017 bzw. 1.8.2018
- Zudem im März 2018 eine Einmalzahlung von 50 €, für Auszubildende von 25 €.
- Laufzeit des Tarifvertrags 24 Monate (1.4.2017 bis 31.03.2019).

Kritisch ist vor allem das Nichterreichen der Gewerkschaftsforderung zu bewerten, gemeinsam mit den Unternehmen, die Tarifverträge des Einzelhandels für allgemeinverbindlich erklären zu können. Dies war bis zum Jahr 2000 üblich, um Lohndumping im Einzelhandel zu verhindern.

Im Einzel- und Versandhandel Baden-Württemberg arbeiten rund 490.000 Beschäftigte, von denen jedoch nur rund 30 % der Tarifbindung unterliegen. ■



Streikende ver.di-KollegInnen in Mannheim, 27. Juni 2017.

# Das zynische Spiel mit der Bombe. Sind nur Kim und Trump verrückt?

H. N.

**Aus Anlass des Antikriegstages und der aktuellen Spannungen zwischen Nordkorea und den USA haben wir uns mit der größten Bedrohung für unsere Existenz auseinandersetzen – dem Atomwaffenarsenal. Es ist todsicher, denn die 2017 gezählten nuklearen 14.935 Sprengköpfe reichen aus, um alles Leben auf der Erde mehrfach zu vernichten. Umso faszinierender ist die fast völlige Verdrängung dieser Gefahr in der öffentlichen Debatte.**

## Aktuelle Zuspitzung

Am 9. August, dem Jahrestag des Atomwaffenabwurfs von Nagasaki, der 70.000 Menschen das Leben kostete und bis heute schwere Spätfolgen bei Betroffenen verursacht, zeigten sich Atomwaffenexperten alarmiert von der immer angespannter werdenden aktuellen Situation. Xanthe Hall, Abrüstungsreferentin der IPPNW, kommentierte:

„Wenn diese Drohgebärden weiter eskalieren, führen sie womöglich zu einer Katastrophe, die weit über die Grenzen der koreanischen Halbinsel zu spüren sein wird.“ Mit Blick auf den sich zuspitzenden Konflikt warnte auch der Bürgermeister von Nagasaki vor einer neuen nuklearen Bedrohung. Nagasaki müsse „der letzte Ort“ bleiben, der atomar bombardiert wurde.

## Die Bombe

Die Atomwaffe ist das tödlichste Instrument zur Massenvernichtung, die es gibt.

Atomwaffen verursachen riesige Zerstörungen. Von herkömmlichen Waffen unterscheiden sie sich dadurch, dass sie

- eine tausend-millionenmal so große Sprengkraft besitzen wie herkömmliche Waffen
- bei der Explosion wesentlich höhere Temperaturen entwickeln (Lichtblitz, Hitzestrahlung)
- durch die Explosion radioaktive Strahlung freisetzen; außerdem entstehen radioaktive Spaltprodukte, die zu einer Verseuchung der Umgebung führen.

Atomwaffen können in Form von Bomben, Geschossen, Raketen Sprengköpfen oder Torpedogefechtsköpfen eingesetzt werden.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) urteilt, dass „die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würde, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Völkerrechts“. Außerdem folgert der IGH, dass die Vernichtungskraft der Atomwaffen „weder in Raum noch Zeit eingedämmt werden kann. Sie können die gesamte Zivilisation und das gesamte Ökosystem des

Planeten zerstören.“

## Die Auswirkungen

Grob werden vier direkte Auswirkungen einer Atomwaffenexplosion unterschieden:

### 1. Hitzewelle

Die erste Wirkung einer Atomexplosion ist ein intensiver Lichtblitz. Dabei steigen die Temperaturen ins Unermessliche. In einem bestimmten

Umkreis wird alles verdampft. Die Wärmeenergiemenge, die in einer bestimmten Entfernung von der nuklearen Explosion wahrgenommen wird, hängt von der Sprengkraft der Waffe und dem Zustand der Atmosphäre ab.

Die direkte Hitze entfacht nicht nur Brände an Gebäuden und in Wäldern, sondern sie verursacht auch schwerste Verbrennungen am Menschen.

### 2. Druckwelle

Ungefähr die Hälfte der Energie einer Atomexplosion wird als Druckwelle freigesetzt. Die Explosionskraft ist gewaltig. Die Schäden werden sowohl durch den Luftüberdruck an der Vorderseite der Druckwelle, als auch durch die extrem starken Stürme verursacht. Diese Stürme halten auch dann noch an, wenn die Druckwellenfront das Gebiet längst passiert hat.

Die entfachten Brände dehnen sich bei den orkanartigen Winden rasend schnell aus, sie sind in einem Umkreis von 10 bis 20 km wirksam. Es ist, wie wenn ein gigantischer Blasebalg ein Feuer schüren würde.

### 3. Strahlung

Die durchdringende radioaktive Strahlung führt zu ernsthaften Verletzungen im Körper.

Die von einer Explosion ausgehende radioaktive Strahlung kann in zwei Kategorien unterteilt werden:

- Sofortstrahlung, bestehend aus Alpha-, Beta-, Gamma- und Neutronenstrahlen; sie geht vom Explosionsmittelpunkt aus und wirkt bis zu einer Minute.
- Rückstandsstrahlung, Teil der Strahlung, der nach Ablauf einer Minute noch wirksam ist; sie besteht aus radioaktivem Niederschlag, auch Fallout genannt, und sogenannter neutroneninduzierter Strahlung.

**„Die Freisetzung der Atomkraft hat alles verändert, außer unsere Art des Denkens... die Lösung dieses Problems liegt im Herzen der Menschheit. Wenn ich das nur geahnt hätte, wäre ich Uhrmacher geworden.“**

Albert Einstein

#### 4. Radioaktiver Niederschlag

Die Radioaktivität im verstrahlten Gelände nimmt innerhalb der ersten 24 Stunden stark ab. Nach etwa einer Woche kann sie bis unter einen lebensbedrohlichen Wert absinken. Der radioaktive Niederschlag schwebt langsam zu Boden und kann je nach Dauer der Schwebzeit mehr oder minder starke Verstrahlungen verursachen. Dabei ist zwischen zwei verschiedene Arten zu unterscheiden, dem frühen und dem verzögerten radioaktiven Niederschlag. Findet eine nukleare Explosion nahe der Oberfläche statt, wird die Erde oder das Wasser von einer pilzförmigen Wolke bedeckt und mit den Überresten der radioaktiven Waffe verseucht. Das verseuchte Material beginnt innerhalb weniger Minuten herabzufallen. Dieser Vorgang kann bis zu 24 Stunden fort dauern.

#### „Nuklearer Winter“

Eine weitere Folge von Atomwaffenkriegen sind massivste Klimaänderungen

Ein großflächiger Einsatz nuklearer Waffen durch mehrere Staaten würde höchstwahrscheinlich katastrophale Auswirkungen auf das globale Klima haben.

Im Dezember 1983 entwickelte eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern die Theorie vom „nuklearen Winter“. Ein großer nuklearer Schlagabtausch führt zu ausgedehnten Bränden von Städten und Wäldern. Unmengen von Staub und Rauch gelangen in die Atmosphäre und bilden eine lastende, dunkle Decke. Die Sonne schimmert höchstens noch als undeutliche, helle Scheibe durch die dichte Rauchdecke. Es wird kalt. Die einschneidenden Temperaturveränderungen führen zu großräumigen Luftbewegungen. Eisstürme verwüsten in überlangen Nächten das Land. Zum unablässigen radioaktiven Niederschlag entsteht giftiger Smog. Pflanzen erfrieren, die Landwirtschaft steht still.

#### 2045 Atomtests

Bisher sind 2045 Atomtests weltweit registriert worden (Stand Dezember 2012).

Am 16. Juli 1945 wurde in Alamogordo in der Wüste New Mexicos der erste Test, Trinity, gezündet. Seitdem haben USA, UdSSR (Rußland), Frankreich, Großbritannien und China 2045 Atomwaffentests in der Atmosphäre und unter der Erde durchgeführt. Bis 1998 gab es alle anderthalb Wochen einen Test. Zusätzlich haben Indien, Pakistan und Nordkorea 14 Tests durchgeführt.

Von allen Versuchen wurden 528 in der Atmosphäre, unter Wasser, auf der Erdoberfläche oder im Weltraum gestartet. Das

hat eine enorme weltweite Strahlenbelastung verursacht. Sie ist eine der größten Gefährdungen unserer Gesundheit (Krebs!) nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in Gegenwart und Zukunft. In der Nähe von Testgeländen gibt es häufig besonders intensiven Fallout. Die Folge sind schwere Schädigungen der lokalen Bevölkerung und Verseuchungen der Umwelt.

#### Atomwaffenstaaten

Atomkräfte im Atomwaffensperrvertrag sind China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Erklärte Atomkräfte außerhalb des Atomwaffensperrvertrags sind Indien, Nordkorea und Pakistan. Israel gilt als unerklärte Atomkraft außerhalb des Atomwaffensperrvertrags. Zudem gibt es „Mitgliedsstaaten der nuklearen Teilhabe“ und ehemalige Atomkräfte.

Aber auch in anderen Staaten existieren Atomwaffen. In fünf europäischen Ländern sind geschätzte 180 taktische Atomwaffen stationiert, von denen rund 90 der NATO zugeordnet sind. Sie sind in Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Italien und der Türkei gelagert – also in Ländern, die offiziell als Nicht-Atomwaffenstaaten gelten und dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind.

#### Atomwaffen verbieten!

Am 7. Juli 2017 haben 122 Staaten der Vereinten Nationen in New York den Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen. Nach jahrelangen Verhandlungen zur Abrüstung senden sie damit ein klares Signal an die Atomwaffenstaaten. Der völkerrechtlich verbindliche Atomwaffenverbotsvertrag verbietet neben der Herstellung, dem Einsatz und Besitz auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten.

Indem die Bundesregierung die Stationierung von US-amerikanischen Atomwaffen in Büchel duldet und Bundeswehr-Soldaten deren Einsatz trainieren, verstößt sie nun auch gegen den Atomwaffenver-

botsvertrag sowie gegen den Friedens- und Abrüstungsgedanken.

Die Antiatomwaffenbewegung ruft alle PolitikerInnen und vor allem die Bundesregierung auf:

- der Forderung von 93 % der BundesbürgerInnen (laut Forsa, März 2016) nach einem Verbot von Atom-, Bio- und Chemiewaffen zu folgen
- dafür einzutreten, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft
- die nukleare Aufrüstung in Deutschland zu verhindern
- den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. März 2010 umzusetzen, der den Abzug aller Atomwaffen aus Büchel fordert! ■

**„Wissen ist Macht. So lautet die alte Erkenntnis der Arbeiter[Innen]bewegung. Für sie war das noch gleichbedeutend mit einer Anleitung zum Handeln. Wissen ohne den Willen zu Handeln ist schlimmer als dunkle Unwissenheit, denn die kann beseitigt werden.“ Und: „Die Entwicklung der modernen Waffen hat erstmals in der Geschichte der Menschheit die technischen Bedingungen dafür geschaffen, daß sie sich selbst vernichtet. [...] Der Militarismus dringt vor wie einst der Faschismus. Er kann nur mit der Beseitigung seiner gesellschaftlichen Ursachen ausgerottet werden.“**

(Hans-Jürgen Schulz, Militarismus und Kapitalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1977.)

# September 1917

## Kurs auf den bewaffneten Aufstand?

MANUEL KELLNER

In den Wochen vor der Niederschlagung des Kornilow-Putschs hatten die Bolschewiki ihre Losung „Alle Macht den Sowjets!“ zurückgenommen. Grund war die damalige Vorherrschaft von Menschewiki und Sozialrevolutionären in den Räten (Sowjets). Diese Kräfte unterstützten offen die bürgerliche Regierung Kerenski, welche die Entwaffnung der ArbeiterInnen vor allem Petrograds und die Unterdrückung der revolutionären Linken betrieb. Darum suchten die Bolschewiki in dieser Zeit nach Rückhalt einige Ebenen tiefer: bei den Fabrikkomitees und anderen Massenorganisationen, in denen sie bereits die Mehrheit hatten.

Die Bolschewiki hatten bei der Niederschlagung des Putschs eine herausragende Rolle gespielt. Dadurch wurden die Regierung Kerenski und die von gemäßigten Kräften dominierten Sowjets vor dem Untergang bewahrt. Diese Tatsache und die am autoritären Programm Kornilows orientierte Politik der Regierung Kerenski änderten die Lage Anfang September 1917 grundlegend. Der Einfluss der Bolschewiki in den Räten wurde nach den jüngsten Erfahrungen immer größer.

### „Alle macht den Räten!“

In dieser Situation stellten die Bolschewiki wieder die Losung „Alle Macht den Räten!“ auf. Sie hielten es für möglich, die Eroberung der Macht nunmehr wieder auf friedlichem Weg zu erreichen, indem sie die Mehrheit in den Räten eroberten. Sie schlugen den Menschewiki und Sozialrevolutionären einen neuen Pakt gegen das Kapital und seine Helfershelfer vor, in dessen Rahmen der Meinungsstreit in den Räten geführt werden sollte.

Erst die Ablehnung dieses Vorschlags durch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre versperrte diesen Weg. Deshalb wurde die Losung „Alle Macht den Räten!“ rasch zur Perspektive der Macht für die Räte mit bolschewistischer Mehrheit. Von da an entwickelte sich in der bol-

schewistischen Führung die Orientierung auf den bewaffneten Aufstand.

In der nützlichen Dokumentensammlung *Die russische Revolution 1917* (dtv-Dokumente, 1. Auflage 1964) finden sich unter anderem Texte von Lenin. Der russische Revolutionär setzte sich von seinem Versteck aus entschieden für den Kurs auf den Aufstand ein. Er forderte, die Macht so schnell als möglich zu erobern und den Räten zu übergeben.

### „Hetze zum Aufstand“?

Überschrieben sind diese Texte mit „Lenins Hetze zum Aufstand“. Viele haben das abgeschrieben. Doch handelt es sich nicht um „Hetze“, sondern um eine ganz rationale Argumentation. Aufgrund verschiedener Faktoren stand die revolutionäre Erhebung auf der Tagesordnung. Das waren: der Aufschwung der Revolution auf internationaler Ebene, die bolschewistische Mehrheit in den entscheidenden Räten, der entfesselte Bauernkrieg auf dem Land und die Ablehnung der Fortführung des Kriegs durch

die Mehrheit der Soldaten. Nicht zuletzt war es auch die Tatsache, dass nur die Machtergreifung durch die arbeitende Klasse die Revolution vor einer Niederlage bewahren konnte.

Die stalinistische Geschichtsfälschung hat später aus Lenin einen Heiligen gemacht. Die „Unfehlbarkeit“ Lenins war ein Hilfsmittel zur Vorbereitung der „Unfehlbarkeit“ Stalins und der stalinistischen Führung. Doch Lenin war natürlich nicht unfehlbar. Weil er sich vor Verfolgung verstecken musste, war er weit ab vom Schuss. Seine Orientierung auf den Aufstand setzte sich durch, weil sie der Stimmung der proletarischen Mitglieder der Partei und breiter Massen entsprach. Doch keiner der konkreten Vorschläge Lenins, wie der Aufstand technisch durchgeführt werden sollte, setzte sich durch. Diese Vorschläge wurden von den Akteuren vielmehr meist kaum zur Kenntnis genommen. Was im Oktober folgte, war tatsächlich ein – fast völlig unblutiger – Massenaufstand. ■



Kundgebung der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem Verkündigungsplatz in Nischni Nowgorod. Oktober 1917.

## Spurensuche in Rastatt

# Die Revolution von 1848/49

K. W.

Am Sonntag, dem 2. Juli 2017, war es wieder soweit. Im Rahmen unserer Reihe „Spurensuche“ fuhr eine Gruppe von FreundInnen und GenossInnen der ISO Rhein-Neckar bei schönstem Wetter mit dem Zug nach Süden. Unser Ziel war es, mehr über die Revolution von 1848/49 und die damalige politische und soziale Lage zu erfahren. Deshalb statteten wir der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt einen Besuch ab. Die mittelbadische Festung war 1849 der letzte Rückzugsort der Revolutionäre.

Die Dauerausstellung zur Revolution von 1848/49 befindet sich im Rastatter Schloss. Sie wurde 1974 auf Anregung von Gustav Heinemann, dem damaligen Bundespräsidenten, eingerichtet. Mit vielen Exponaten und Installationen macht sie die wirtschaftliche und politische Situation Mitte des 19. Jahrhunderts deutlich. Auch die zeitlichen Abläufe und internationalen Verbindungen werden nachvollziehbar dargestellt. Dokumente, Bilder, Objekte sowie Ton- und Filmmaterial geben einen lebendigen Eindruck des schwierigen und mutigen Kampfes der RevolutionärInnen von 1848/49 und ihrer

VorläuferInnen.

### Selbst organisierter Rundgang

Unser selbst organisierter Rundgang vermittelte einen guten Einblick in die Vorgeschichte, die internationalen Verknüpfungen, die zeitweiligen Erfolge und die blutige Unterdrückung der Revolution von 1848/49.

Unser in einem nahe gelegenen Restaurant gemeinsam gezogenes Fazit lautet: Der Besuch der Erinnerungsstätte hat sich für uns alle gelohnt und ist empfehlenswert. Wenn die Situation von 1848/49 auch nicht auf den heutigen Spätkapitalis-



Wenn es so einfach wäre - Detail einer Schautafel in der Rastatter Ausstellung. Foto: Avanti²

mus übertragbar ist, so sind doch auch viele Parallelen zwischen damals und der heutigen Entwicklung erkennbar, was sich besonders im Abbau demokratischer Rechte und der sozialen Ausgrenzung zunehmender Teile der arbeitenden Klasse heute zeigt.

Es gibt übrigens im Schloss eine weitere Dauerausstellung zu den Freiheitsbewegungen in der DDR von 1949 bis 1989. Bezeichnend ist allerdings die Tatsache, dass die Novemberrevolution von 1918 in dieser Erinnerungsstätte keine Erwähnung findet. An diesen bedeutendsten deutschen Aufstand, der immerhin zur Abdankung Kaiser Wilhelm II., zum Ende des Ersten Weltkriegs, zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und schließlich zur Ausrufung der bürgerlichen Republik führte, soll offensichtlich nicht mehr erinnert werden. Die brutale Niederschlagung dieser Revolution durch die Herrschenden, insbesondere die konterrevolutionäre Rolle der Mehrheits-Sozialdemokratie unter Ebert und Noske im Verbund mit der übelsten Reaktion soll wohl weiter im Dunkel des Vergangenen ruhen. ■



Auch Karl Marx war Mitglied - Exponat in der Rastatter Ausstellung.

Foto: Avanti²

# Zu einigen Hintergründen der Deutschen Revolution von 1848/49

K. W.

**„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“** waren die Parolen der Französischen Revolution von 1789. Ihr Erbe wirkte nach und beförderte die Aufstände von 1848 in großen Teilen Europas: für politische Freiheit, Gleichberechtigung und demokratische Republiken.

## Die Ursachen: Wirtschaftskrise und erstarrte politische Verhältnisse

Die Ursachen der Deutschen Revolution waren sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer und politischer Natur.

Eine schwere Missernte im Jahr 1846 sorgte für Hungersnöte und Hungerrevolten. Massenarmut regierte. Die Kaufkraft sank. Niedergang der Textilindustrie und eine Krise im Handwerk waren die Folgen. Auch der durch die Industrialisierung entstandenen ArbeiterInnenklasse ging es schlecht: Sie lebte unter dem Existenzminimum in Elendsvierteln und war dauerhaft von Arbeitslosigkeit bedroht.

Nach dem Sieg über Napoleon 1814 wurden die politischen Verhältnisse von vor 1789 weitestgehend restauriert: Wiederherstellung der Vorherrschaft des Adels und Rückgängigmachen bürgerlicher Freiheiten und Rechte. Besonderer Verfechter der Restaurationspolitik war Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Erste Proteste gegen diese reaktionäre Politik scheiterten Anfang der 1830er Jahre, aber das metternichsche System erlitt Risse.

## Beginn und Scheitern:

### Ablauf der Revolution

Die Deutsche Revolution umfasst zahlreiche Ereignisse und verlief dezentral. Sie lässt sich in drei Phasen aufspalten: Scheinfolge, Ringen um rechtliche Sicherung und Scheitern.

Der Funke der Revolution sprang von der Februarrevolution aus Frankreich herüber. Nach der dortigen Absetzung des Königs Louis Philippe wurde in Frankreich die Zweite Republik ausgerufen.

Nach diesem Vorbild revoltierten zahlreiche Länder in Europa, darunter Baden, Preußen, Sachsen und Bayern. Während in manchen Staaten die Obrigkeit schnell Versprechen gab und somit der Aufstand weitestgehend friedlich verlief (Hannover und Württemberg) wurde in anderen Ländern an zwei Fronten gekämpft: auf der Straße und in den Parlamenten.

In Baden wurden die weitestgehenden Veränderungen verlangt. Hier wurde am

27. Februar 1848 in Mannheim eine Volksversammlung zusammengerufen. Die badischen Revolutionäre, allen voran Friedrich Hecker und Gustav Struve, forderten die Abschaffung der adligen Privilegien und Volkssouveränität. Am 12. April 1848 riefen Hecker und Struve in Konstanz die Republik aus und wollten nach Karlsruhe marschieren. Das Militär schlug diesen Aufstand allerdings nieder.

Blutig ging es auch in Berlin zu: König Friedrich Wilhelm IV machte zunächst Zugeständnisse. Am 18. März schoss die Armee indessen auf die Bevölkerung, Straßenkämpfe mit zahlreichen Toten folgten. Der König gab nach. Am 29. März wurde hier ein „Märzministerium“ nach Vorbild der Ministerien in den anderen Ländern eingesetzt. Die Deutsche Revolution sorgte für einen Schulterschluss zwischen Libera-



Gedenktafel und Halbplastik von Johannes Grützke in Konstanz zur Erinnerung an die Erhebung von 1848.

len und Demokraten. Neben den „Märzministerien“ wurde mit der Frankfurter Nationalversammlung die Errichtung eines nationalen Vorparlaments erreicht.

Im April 1848 hatte der König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., Neuwahlen versprochen, die am 1. Mai stattfanden. Ab 18. Mai tagte das Vorparlament unter der Führung von Heinrich von Gagern und entwarf in hitzigen Debatten eine Verfassung. Doch kurz darauf spalteten sich Liberale und Demokraten in ihren Zielen: konstitutionelle Monarchie auf der liberalen Seite, Republik auf der demokratischen.

Im Sommer 1848 kam die Revolution dann ins Stocken. In Preußen und Österreich ergriffen die Gegenrevolutionäre wieder die Initiative. Die Fürsten erlangten wieder mehr Einfluss, dagegen schwand der Einfluss der Nationalversammlung. Mit der Ablehnung der Kaiserkrone und der formulierten Reichsverfassung zu einem kleindeutschen Nationalstaat mit konstitutioneller Monarchie durch Friedrich Wilhelm IV., war die Deutsche Revolution gescheitert. Das Ende markierten die Auflösung des Stuttgarter Parlamentes im Juni 1849 und die Einnahme der Festung Rastatt

im Juli 1849.

### Die Folgen der Deutschen Revolution

Auch wenn der Aufstand scheiterte, war er Ausgangspunkt zahlreicher Entwicklungen. Die Ursprünge der Parteienvielfalt, der ArbeiterInnenbewegung und der sozialen Emanzipation liegen in der Revolution.

Am 3. September 1848 wurde die Allgemeine deutsche Arbeitsverbrüderung gegründet - Vorreiter der Gewerkschaften. Am 12. Mai 1849 wurde die erste Frauenzeitung von Louise Otto-Peters veröffentlicht. Die aufgehobene Pressezensur machte eine blühende Presselandschaft möglich. Sowohl auf der linken Seite (Karl Marx mit der *Neuen Rheinischen Zeitung*) als auf der rechten Seite (*Neue Preussische Zeitung*). Politisch kam es erneut zu einer Restauration, jedoch nicht mehr so massiv wie vor der Revolution. ■

## 1917 – 2017

# 100 Jahre Revolution, Konterrevolution und Kapitalismus – Was nun? Oder: Kann eine Köchin die Staatsgeschäfte führen?

## Sommerseminar der ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar

In Mannheim findet am Samstag/Sonntag, dem 16./17. September 2017 unser traditionelles Sommerseminar statt (Seminarzeiten: SA 13:00 – 19:00 Uhr, SO 10:00 – 14:00 Uhr).

100 Jahre nach der Oktoberrevolution wollen wir einen Blick auf die Vergangenheit, die Gegenwart und unsere Perspektiven werfen.

Was hat die Oktoberrevolution bewirkt? Warum ist sie gescheitert? Welche Lehren können wir daraus ziehen? Hat der Kapitalis-

mus für alle Zeit gesiegt? Was bedeutet eine Fortführung des Systems der Profitmaximierung? Ist eine Welt jenseits des Kapitalismus möglich? Und was können wir schon heute für eine solidarische Alternative tun?

Auf diese und viele andere Fragen wollen wir gemeinsam versuchen, Antworten zu finden. Mit Referaten, mit Filmen, mit Musik und natürlich mit solidarischen Diskussionen in entspannter Atmosphäre. ■

### Anmeldung bitte an:

ISO Rhein-Neckar,  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim,

Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46,  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)

Auch wenn wir gegen Säulenheilige waren und sind: Die Auseinandersetzung mit Einschätzungen von Personen der ArbeiterInnenbewegung lohnt sich auch heute noch:

„Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“ – W. I. Lenin, *Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus*, 1913, Werke, Band 19, Dietz-Verlag, Berlin 1977, S. 3,

„Wenn wir dereinst im Weltmaßstab gesiegt haben, dann werden wir, glaube ich, in den Straßen einiger der größten Städte der Welt öffentliche Bedürfnisanstalten aus Gold bauen. Das wäre die ‚gerechteste‘ und beste anschaulich-belehrende Verwendung des Goldes für die Generationen, die nicht vergessen haben, wie man des Goldes wegen zehn Millionen Menschen niedergemetzelt und dreißig Millionen zu Krüppeln gemacht hat [...].“ – W. I. Lenin, *Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus*, (5. November 1921); *Ausgewählte Werke Band 3*; Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 740

# Veranstaltung am 11. September 2017

## „Wohin treiben die USA?“

K. M.

Diese Frage soll die Veranstaltung „Trump, Populismus und arbeitende Klasse“ mit Dianne Feeley aus Detroit (USA) beantworten. Dianne ist im Local 22 der Gewerkschaft UAW (United Automobile Workers - Vereinigte AutoarbeiterInnen) aktiv.

**A**m Montag, dem 11. September 2017, wird die Kollegin ab 19:00 Uhr im Mannheimer Gewerkschaftshaus (Hans-Böckler-Str. 1, Saal Willi Bleicher - Eugen Loderer) referieren und diskutieren.

Veranstalter ist das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ mit Unterstützung von IG Metall Mannheim sowie attac Mannheim, IG BCE Weinheim und Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar.

Im Einladungsflyer heißt es:

„Trumps Präsidentschaft hat politische Konflikte in den Vereinigten Staaten und in aller Welt spürbar verschärft.“

Nach dem Amtsantritt des Multimilliardärs sind

Millionen US-BürgerInnen gegen seine reaktionären Vorstellungen auf die Straße gegangen.

Große Teile der arbeitenden Klasse in den USA unterstützen jedoch Trump nach wie vor als „Kämpfer gegen das Establishment“.

Fast jeden Tag twittert der Populist im Weißen Haus neue Ungeheuerlichkeiten und offensichtliche Unwahrheiten in alle Welt.

Trumps nationalistischer Kurs ist vor dem Hintergrund der ungelösten sozialen und wirtschaftlichen Krise in den USA zu sehen. [...]

Die US-Gewerkschafterin wird uns über wesentliche Hintergründe und aktuelle Entwicklungen informieren.“ ■



Dianne Feeley bei einer Protestveranstaltung gegen unterschiedliche Lohnklassen bei Neueinstellungen.

# Christopher Street Day

L. K.

Am Samstag, dem 12. August 2017, nahmen tausende an der Mannheimer Demo zum Christopher Street Day (CSD) und dem anschließenden Straßenfest vor dem Schloß teil. Veranstalter war wie in den Vorjahren CSD Rhein-Neckar.

Weltweit wird mit den Umzügen zum CSD an den 28. Juni 1969 in New York erinnert. Ausgehend von der Bar Stonewall Inn begann damals der sogenannte Stonewall-Aufstand gegen gewalttä-

tige Polizei-Razzien. Die Proteste entluden sich tagelang in Straßenschlachten mit den Cops. Sie richteten sich gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen, die jenseits der herrschenden Normen leben.

Das diesjährige Motto des CSD #lovewins (**Liebe siegt**) sollte die Forderung nach Gleichberechtigung nicht-heterosexueller Menschen und nach deren Akzeptanz in der Gesellschaft unterstützen. ■



Foto: Klaus

Christopher Street Day am 12.8.2017 in Mannheim

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)



### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 07.09.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- MO, 11.09.2017, 19:00 Uhr, „Wohin treiben die USA?“, Gewerkschaftshaus MA
- SA/SO, 16./17.09.2017, 13:00 Uhr, ISO-Sommerseminar MA
- DO, 21.09.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 22.09.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zur Bundestagswahl, MA